

# Berliner Volkszeitung

## Die Intervention der Mächte in Sofia.

(Telegraphische Berichte)

Sofia, 23. Februar.

Die Vertreter der Großmächte unternahmen heute nachmittag eine Demarche beim Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Geshow, dem sie den dringenden Rat erteilten, die Lösung der bulgarisch-rumänischen Streitfrage der Entscheidung der sechs Großmächte zu unterwerfen. Ministerpräsident Geshow erwiderte, er werde darüber den Ministerrat berichten und sodann die Antwort mitteilen. Nach Mitteilung aus diplomatischen Kreisen dürfte der Gesandte Prinz Ghika morgen zur mündlichen Verhandlung nach Budapest reisen.

Rom, 24. Februar.

Der „Agenzia Stefani“ wird aus Sofia gemeldet, daß Bulgarien die Resolution der Mächte angenommen hat. Diese Antwort wird den Vertretern der Mächte mitgeteilt werden, nachdem sie durch den Ministerat geprüft sein wird.

## Neue Friedensverhandlungen mit der Türkei.

Sofia, 23. Februar.

In eingeweihten Kreisen verlautet, die englische Regierung habe bei der bulgarischen Regierung um die Bekanntgabe der Bedingungen nachgesucht, unter denen die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

London, 24. Februar.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Mächte auf die letzte Demarche der Türkei, durch die sie um ihre guten Dienste ersucht wurden, darauf hingewiesen, daß ihre an die Spitze gerichtete Kollektivnote noch nicht angenommen worden sei.

## Oesterreich und Rußland regeln die albanische Frage.

London, 24. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet, über die Grenzen Albanien werde jetzt zwischen Wien und Petersburg direkt verhandelt. Oesterreich-Ungarns und Rußlands friedliche Absichten und ihre fortgesetzte Hilfe, Feindseligkeiten zu vermeiden, würden, wie man hofft, zu einem Kompromiß führen, das den Besitzern bei ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag mitgeteilt werden dürfte.

## Die Bulgaren gegen die neutrale Zone.

Sofia, 23. Februar.

Die Regierung hat den Vertretern der Mächte zur Kenntnis gebracht, daß sie dem türkischen Beschluß, eine neutrale Zone in Paragisch für die Fremdenposten von Adrianopel zu schaffen, nicht zustimmen könne und in dieser Frage nach wie vor an der von der Türkei still vorgeschlagenen ursprünglichen Lösung festhalte, wonach die Fremden die Bewilligung erhalten sollen, die türkischen Einheiten zu verlassen. Diese Lösung sei im übrigen wünschlicher, da sie alle Gefahren ausschließe, die aus Epidemien, Hungersnot und den Unländen der Jahreszeit entstehen könnten.

Konstantinopel, 23. Februar.

Der Großvezir hat an die fremden Kolonien in Adrianopel Depeschen geschickt, in denen er ihnen für ihre Haltung dankt. Dadurch, daß sie vorgezogen hätten, die Stadt nicht zu verlassen und in der neutralen Zone zu verbleiben, hätten sie ein Zeugnis menschlicher Solidarität abgelegt und es vermieden, durch ihren Auszug einen schlechten Eindruck bei der einheimischen Bevölkerung hervorzurufen.

## San Giulianos Lieblingswalzer.

Paris, 24. Februar.

In der Forderung der Rede San Giulianos schreibt der „Koppel“: Niemand wird mehr sagen können, daß Deutschland sich von seinen Verbündeten isoliert fühle. Wir sind jetzt weit entfernt von der französisch-italienischen Walzerzeit, von der einst Herr Bülow sprach. Der Lieblingswalzer San Giulianos ist ein österreichischer oder ein deutscher. Für die Franzosen ist es jedenfalls besser zu wissen, wie sie daran sind. Die „Action française“ meint, die Erklärung San Giulianos, daß sein Staat das Mittelmeer als mare nostrum für sich in Anspruch nehmen dürfe, fernschmeiche in diplomatischer Form jene Politik, die seinerzeit zu dem Garthage- und Maroubozvertrage geführt hat.

## Neue Lenkballons in Frankreich.

(Telegraphische Berichte)

Paris, 24. Februar.

Der Leiter des Militärflugwesens General Fiedauer kündigte gestern bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Banquet an, daß der Reichsminister seinen Vertrag über die Erbauung von sieben lenkbaren Luftschiffen von 20000 Kubikmeter und einer Windgeschwindigkeit von 75 Kilometern in der Stunde abgeschlossen habe. Für diejenigen lenkbaren Luftschiffe, die eine höhere Stundengeschwindigkeit haben und in einer kürzeren, als bei herkömmlichen Zitt eine Höhe von 2000 Metern erzielen, sollen noch besondere Prämien gezahlt werden.

## Die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 23. Februar.

Die Zeitschrift „Gouvier du Parlement“ unterzieht eine Anzahl Deputierte über die Frage der Wiedereinführung des dreijährigen militärischen Dienstes. Von den Befragten sprachen sich die linksrepublikanischen Deputierten durchweg gegen den dreijährigen Dienst aus; einige Nationalisten und einige gemäßigtere Republikaner erklärten sich bereit, für den dreijährigen Dienst zu stimmen.

Die Rohrburgung der Eisenbahnen. Ein Telegramm aus Saarbrücken meldet, um die Einwirkung der Subventionen des Eisenbahnvereins auf die Eisenbahnen zu untersuchen, hat der Reichsminister...

## Kurze Chronik.

In Wilhelmshafen haben gestern mittag die feierliche Eröffnung der Kaiser-Friedrich-Ruhnhalle statt. Die Festrede hielt Admiral Graf v. Dux.

Die baltische Gesandtschaft am Dairinal berichtet, daß der baltische Major A. D. Kehler, der wegen Spionageverdachts in Genua verhaftet sein soll, zwar von Marineseoldaten angehalten, von der zuständigen Behörde aber sofort auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Der in Marzelle abgehaltene Kongreß der republikanisch-sozialistischen Verbände des Departements der Rhonemündungen beschloß, die Streichung Milletons zu verlangen, da dieser als Kriegsmittler verschiedene Maßnahmen ergriffen habe, die den republikanisch-sozialistischen Grundgesetzen zuwiderlaufen.

Durch Entscheidung des Appellhofes des amerikanischen Bundesgerichts sind die Unterirdischen der bei der Titanic-Katastrophe Verunglückten gestattet, sofort auf vollen Schadenersatz gegen die White Star Line zu klagen, nur müssen die Klagen vor dem 15. April, dem Jahrestage der Titanic-Katastrophe, eingereicht werden.

Arbeiter beschloß gestern nachmittag die definitive Vereinbarung der Bewegung der Gewerbetreibenden. Die Beschlüsse, hatte eine Delegiertenkonferenz am 23. und 24. Dezember 1912 beschlossen einen Weststillstand einzutreten zu lassen, nachdem die fiktionalen Vergewaltigungen die Erklärung abgegeben hatte, die Höhe der Vergütung erhöhen zu wollen. Die angebotene Erhebung hatte ergeben, daß eine demeritäre teilweise sogar wesentliche Lohnerhöhung eingetreten ist. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß der Stillstand ergebnislos sein wird, und nicht aufrechterhalten wird, noch eine Lohnerhöhung herbeiführen und die Höhe bei weiterer guter Konjunktur auch weiter erhöhen werde.

## Madero und Suarez ermordet.

Ein mißlungener Befreiungsversuch?

(Telegraphische Berichte)

Mexico, 23. Februar.

Der frühere Präsident Madero und der frühere Vizepräsident Suarez wurden heute erschossen, als man bei ihrer Ueberführung nach dem Gefängnis den Versuch machte, sie zu befreien. Von den Angreifern wurden zwei Mann erschossen. Von Querta wird diese Nachricht bestätigt.

Mexico, 23. Februar.

Ueber den Tod Maderos und Suarez äußerte sich Querta folgendermaßen: Im Winterabend griff eine Schaar von fünfzig Mann die aus hundert Males behelende Eskorte der Gefangenen an. Diesen wurde befohlen, die Wagen zu verlassen, worauf sie von einer Bande von 30 Mann umgeben wurden, während die übrigen Males das Feuer erwiderten. Der Kampf dauerte zwanzig Minuten. Nach seiner Wundigung wurden Madero, Suarez, zwei Males und ein Würger tot aufgefunden. Die Angreifer ergriffen die Flucht.

New-York, 24. Februar.

Präsident Taft gab seinem Bedauern über den Tod Maderos Ausdruck, erklärte aber, daß er darin keinen Grund zur Intervention erblicke.

Die Nachricht von der Ermordung der beiden früheren Machthaber in Mexico wird überall den schlimmsten Eindruck machen, denn man kann sich nicht der Meinung erweihen, daß hier bestellte Arbeit geleistet worden ist. Die neue mexikanische Regierung ist allerdings aus der Verlegenheit heraus, Madero durch ein gerichtliches Verfahren „unabhängig“ zu machen, es fragt sich aber, ob sie sich nicht behaupten können, wenn sie ihr dritteliges Regiment fortsetzt. Auch die Anhänger Maderos haben Augen in ihren Händen, und es würde nicht überflüssig sein, wenn sie den Versuch machen könnten, die Ermordung ihres Führers zu rächen.

## Eine Ablehnung des diplomatischen Korps.

Washington, 24. Februar.

Nach einem Telegramm des Reichsminister Wilson aus Mexico hat das diplomatische Korps, das vom Minister de la Barra zum Frühstück geladen worden war, beschlossen, der Einladung nicht Folge zu leisten, solange die Umstände, unter denen Madero und Suarez den Tod fanden, nicht genügend aufgeklärt sind.

Die Wiedereingabe der zweiten Lehrprüfung für Volksschullehrer. Man schreibt uns aus Köln, daß die neuen Vorschriften für die zweite Lehrprüfung der Volksschullehrer in Kraft, die die Unterrichtsverwaltung im vergangenen Jahre beschlossen hat. Sie beziehen sich auf Ort, Zeit und Gegenstand der Prüfung und auf die Zusammenstellung der Prüfungskommission. Gegenwärtig ist die Prüfungskommission für die zweite Lehrprüfung zusammengesetzt aus dem Kommissar des Provinzialkollegiums als Vorsitzendem, einem Kommissar derjenigen Regierung, in deren Bezirk das Seminar liegt, dem Direktor und sämtlichen ordentlichen Lehrern des Seminars. Ferner gehören Kommissare der evangelisch-kirchlichen Oberbehörden sowie der bischöflichen Behörde der Prüfung bei; den Kreisinspektoren des Regierungsbezirks ist die Teilnahme an der Prüfung freigestellt. In Zukunft wird die Prüfung nicht mehr am Seminarort stattfinden, sondern in der Schule, in der der Lehrer beschäftigt ist. Die Prüfungskommission wird dann nur aus drei Mitgliedern bestehen, aus dem zuständigen Regierungs- und Schulkart als Vorsitzendem, dem Kreisinspektor und einem Leiter oder Vertreter öffentlicher Unterrichtsanstalten. Die Prüfung soll abgelegt werden, nachdem der Lehrer mindestens zwei Jahre an einer preussischen Schule voll beschäftigt gewesen ist, falls sie nicht bestanden wird, kann sie noch einmal wiederholt werden. Ist

aber dieser zweite Versuch ohne Erfolg, so wird der Lehrer aus dem Schuldienst entlassen. Die Prüfung geschieht in einem praesentibus und einem wissenschaftlichen Zeil. Der erste Teil erstreckt sich auf die Fähigkeit des Lehrers in der Klasse; in dem zweiten Teil hat der Lehrer die erforderlichen Kenntnisse in der Pädagogik, Ethik und Logik, ferner die Vertrautheit mit der geschichtlichen Entwicklung der preussischen Volksschule und mit den wichtigsten Schulverordnungen nachzuweisen.

## Die Großstadtfeindlichkeit

des Provinziallandtags.

Der Brandenburgische Provinziallandtag wurde gestern im Rathaus der Provinz Brandenburg eröffnet. Hierbei brachte es die junterlich-großstadtfeindliche Mehrheit fertig, eine große Ungerechtigkeiten zu begehen. Diese reaktionäre Mehrheit gewann es über sich, an Stelle des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, des hochvertrauten Oberbürgermeisters Schulerbusch, den Spandauer Oberbürgermeister in das Präsidium heranzuzuziehen, so daß Charlottenburg, die größte Stadt des Landesverbandes, an die Waage gebracht wurde. Von den Vorträgen sei hierjehie erwähnt, die eine Provinzialvolksvereinerung vortrat und für diesen Zweck vorläufig 50000 Mark bemittelt sehen will.

## Lohnbewegung bei der Hochbahn.

Die im Betrieb der Goch- und Untergrundbahn beschäftigten Arbeiter und Handwerker waren am Sonntag abends in den Kassenhallen versammelt, um zu der Frage eines Aufbesserung ihrer Löhne Stellung zu nehmen. Schon am Schluß des vorigen Jahres hatten die Arbeiter und Handwerker durch den Arbeiterausschuß der Direktion die Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Stundenlöhne um fünf Pfennig unterbreitet. Die Direktion lehnte diese Forderung ab unter Hinweis auf die ungünstigen geordneten Einnahmen ab und erhöhte dafür die Weibungsstratifikation der beschriebenen Angestellten auf 20 Mark.

In der getrigen Versammlung suchte Bevollmächtigter Orthmann vom Verband der Straßenbahner nachzuweisen, daß bei der Hochbahn die Löhne erheblich schlechter seien als in anderen ähnlichen Betriebsbetrieben. Für Arbeiter betrage der Monatslohn 40 Pfennig pro Stunde, für gelernte Handwerker 45 Pfennig, und erst nach dreißigjähriger Tätigkeit werde von den Handwerkern der Höchstlohn von 60 Pfennig pro Stunde erreicht, ein Lohn, der denselben Handwerkern in der Privatindustrie vielfach als Monatslohn gezahlt werde. Die Arbeiter hätten meist nach Abzug der Nebenbeiträge nur einen Wochenverdienst von 19 bis 21 Mark. Das sei für großstädtische Verhältnisse nicht ausreichend. Nicht nur bei der Großen Berliner Straßenbahn, sondern auch bei den viel kleineren Betriebsunternehmungen in Spandau, Rhenipon und anderen Lokorten würden viele bessere Löhne gezahlt. Mit dem geringeren Lebenslohn im letzten Jahre hätte die Direktion die Abhebung der Lohnforderungen nicht begründen, denn das Geschäftsergebnis sei nur durch die großen Abschreibungen sehr ungünstig gestaltet worden. Auch die Arbeitszeit sei zu lang, und der großen Entlohnung der Betriebsverhältnisse könne viele Arbeiter und Handwerker eine Zeit von sechzehn Stunden heraus. Dazu komme die unzulängliche Einrichtung der Arbeitsstätten in gesundheitlicher Beziehung. Eine Verbesserung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse sei deshalb dringend notwendig. Sie sei aber nur durch die Organisation zu erreichen, denn die Direktion habe dem Arbeiterausschuß Sitzungen gegeben, die die Einrichtung völlig unbrauchbar zur Vertretung der Arbeiter machen. Die Arbeiter hätten daher den Antrag auf die Auflösung des Ausschusses durch die Arbeiterstimmentzettel protestiert. Von der Einsicht der Direktion sei zu erwarten, daß sie nicht ihre Angelegenheit zu ähnlichen Mitteln drängt, wie sie beim Streik der Hochbahnangestellten in Hamburg angewandt wurden.

In der lebhaften Aussprache betonten alle Redner, daß die allgemeine Lohnerhöhung mit allen Mitteln durchgesetzt werden müsse. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die am Sonntag, 23. Februar 1913, in den Kassenhallen tagende Versammlung der Handwerker und Arbeiter der Berliner Goch- und Untergrundbahn ist der Ansicht, daß die in genannten Betriebe bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringende einer Aufbesserung bedürfen. Die Versammelten sind der Meinung, daß die Gesellschaft trotz ihrer abgegebenen Erklärung wohl in der Lage ist, die Löhne einer Regelung zu unterziehen, ohne dabei auf finanzielle Schwierigkeiten zu stoßen. Sie erwarten deshalb, daß die Betriebsleitung in allerhöchster Zeit nochmals zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und dem Wunsch der Versammelten mehr Entgegenkommen zeigen wird. Die Anwesenden verpflichten sich, noch mehr wie bisher für den Ausbau der Berufsorganisation Sorge tragen zu wollen, um dadurch den gerechten Wünschen mehr Nachdruck zu verliehen.“

## Der drohende Generalstreik in Belgien.

(Telegraphischer Bericht)

Brüssel, 23. Februar.

Die Bürgermeister der neun Provinzialhauptstädte haben heute auf dem hiesigen Rathaus versammelt, um über die durch den drohenden Generalstreik gestaffelte Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Wpeler an die Arbeiter zu richten, in dem sie erucht werden, im Interesse des Friedens auf den Generalstreik zu verzichten; ferner wurde beschlossen, den Ministerpräsidenten zu eruchen, die Verzicht der Arbeiter auf den Generalstreik in voller Freiheit an die Lösung der Wchreitschritte heranzuzuziehen. Zwei katholische Abgeordnete enthielten sich bezüglich des letzten Punktes der Abstimmung.

Medizinische Preise. Auf dem diesjährigen Internationalen Medizinischen Kongreß in London werden drei wertvolle Preise zur Verteilung kommen, der Preis der Stadt Wofstan, bez 4000 Francs





